

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Wachsenburg Verlag
Bismarck-Platz, Dresden
Telefon: 25841
Für Adressänderungen: Nr. 20011
Schiffverlag: Hauptgeschäftsbüro:
Dresden-K. 1, Marienstraße 56/58

Regulierungsgebühr vom 1. bis 15. November 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 Mk.
Vollzugsgebühr für Monat November 2.40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Kubertab: Preis 15 Pf. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet:
die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Kleinanzeige 300 Pf., außer-
halb 350 Pf. C/Textengruppe 20 Pf. Kurzfristige Anzeigen gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Borch & Reichardt,
Dresden, Bismarck-Platz 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Blüthner-Flügel
-Pianos
Prager Straße 12
Fernruf 16378

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 18777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft!
Chr. Garms Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 15251 Nähe Postplatz
Kochanlagen u. Großbrotbacken - Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

Verwirrung in Paris durch Poincarés Sturz

Wie die Krise entstand

Am 24. Juli 1926 übernahm Raymond Poincaré die Regierung, und am 6. November 1928 ist er zurückgetreten. Er hat also für französische Verhältnisse eine lange Zeit hindurch seinen Posten behauptet. Im Zeichen seiner Amtsniederlegung steht die am gestrigen Dienstag erfolgte Wiederöffnung der französischen Kammer. Unmittelbar vorher hatten die Radikalen, welche die härteste Partei im Parlament bilden, getagt, und die von ihnen gefassten Parteibeschlüsse sind zum Fensterhinaus für Poincaré und seine Politik der nationalen Einigkeit geworden, die sich auf die Mitte und die Radikalen stützte, aber auch einen Teil der gemäßigten Rechten sich angelehnt hatte. Die Radikalen waren in diesem immer nur mit halbem Herzen bei der Sache und erklärten wiederholt, daß sie die erste Gelegenheit zu Poincarés Sturz ergreifen würden, sobald das Werk der finanziellen Sanierung auch ohne Poincaré völlig gesichert sein würde. Diesen Zeitpunkt hatten sie nun offenbar für gekommen, und deshalb haben sie die Regierung der nationalen Einigkeit gesprengt.

Trotz der Schärfe der radikalen Parteibeschlüsse bedeutete die Meldung vom Rücktritt Poincarés eine Ueberraschung, da der Antrag Garnier abgelehnt worden war, wonach die radikalen Minister aus der Regierung zurückgezogen werden sollten. Das ist nun doch geschehen, und so war die Krise da. Es hatte sich allerdings auch ein besonders harter Konfliktstoff angehäuft. Einmal handelte es sich um finanzielle Fragen. Der Haushaltsausfall hatte am Militäretat Abstriche in Höhe von 87 Millionen gemacht und außerdem Steuererhöhungen um den Betrag einer halben Milliarde vorgenommen. Daraufhin erklärte Poincaré, er werde in der Kammer die Vertrauensfrage stellen. Dieses bis jetzt unschreibbare Drohmittel des Ministerpräsidenten tat sonst immer keine Wirkung, aber diesmal versagte es. Der Ausschuss blieb fest. Eine weitere harte Meinungsverschiedenheit zwischen Poincaré und den Radikalen lag auf kulturpolitischem Gebiete. Mit diesem Konflikt, der dem Ministerpräsidenten den Vorwurf der Begünstigung des Merkantilismus eintrug, hat es folgende Bewandnis: Im Staatshaushalt befindet sich ein Titel, worin bestimmt wird, daß einigen kirchlichen Missionsgesellschaften, die namentlich aufgezählt sind, ein Teil der kirchlichen Güter zurückgegeben werden soll, die durch die sogenannten Valengesehgebung (laïque weltlich, im Gegensatz zu ecclésiastique kirchlich) vom Jahre 1901 vom Staate beschlagnahmt wurden. Damals wehte in Frankreich ein sehr scharfer kirchenfeindlicher Wind, der zur Aufhebung des Konkordats und zur Trennung der Kirche vom Staate führte; auch die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wurden abgebrochen. Im Laufe der Zeit hat aber das Schlagwort des Antimerkantilismus in Frankreich stark an Zugkraft eingebüßt, und die diplomatische Vertretung bei der Kurie wurde wiederhergestellt. Die kirchenfreundliche Bewegung ist vollends dadurch gefördert worden, daß die katholische Geistlichkeit in voller Uebereinstimmung mit der Kurie sich von den monarchistischen Parteien abgewandt und sich ganz auf den Boden der Republik gestellt hat. Die royalistische Bewegung, die sich „Action française“ nennt und ein gleichnamiges Organ herausgibt, ist wegen ihrer antikirchlichen Tendenzen von den Bischöfen in Acht und Bann erklärt worden, und man kann sagen, daß heute der gesamte Auktus in Frankreich republikfreundlich ist. Schon diese Gesinnungswandlung der Geistlichkeit mußte es der Regierung nahelegen, die Valengesehgebung zu mildern. Es kam aber noch ein anderer Grund hinzu, der Wunsch nämlich, der katholischen Heimatsrechtsbewegung in Elsaß-Lothringen die kirchliche Unterstützung zu entziehen. Hierüber fanden hinter den Kulissen Verhandlungen zwischen den leitenden staatlichen und kirchlichen Stellen statt, deren Ergebnis auf kirchlicher Seite die scharfe Verurteilung der elsass-lothringischen Autonomisten war. Der Staat dagegen beglich seine Rechnung durch die im Staatshaushalt vorgesehenen Maßnahmen zugunsten der Missionsgesellschaften, die offenbar noch nicht das letzte Wort darstellen, sondern einer größeren Aktion den Weg bereiten sollen, mit dem Endziele, die Vertreibung der reichlichen Orden überhaupt zu befechtigen und ihnen das gesamte beschlagnahmte Vermögen zurückzugeben.

Bei den Radikalen herrscht aber zum größeren Teil noch eine der Kirche abgeneigte Stimmung, die von der Valengesehgebung nichts abbrechen lassen will. Deshalb riskierte Poincaré es auch nicht, das Entgegenkommen gegen die Missionsgesellschaften in einem besonderen Gesetzentwurf zu sanktionieren, sondern er suchte es weniger bemerkbar zu machen, indem er die Bestimmungen an möglichst unauffälliger Stelle

in den Haushalt einschmuggelte, in der Hoffnung, daß sie so in Bausch und Bogen mitangenommen werden würden. Beinahe wäre ihm dieser Trick auch gelungen, da der Etat schon im August der Kammer vorgelegt wurde, ohne daß bis jetzt die Opposition etwas gemerkt hatte. Da kam aber ein radikaler Abgeordneter, der den Etat etwas gründlicher studierte, noch im letzten Augenblick dem Poincaréschen „Merkantilismus“ auf die Spur und putzte Herriot auf, der alsbald Värm schlug und auf dem radikalen Parteitage die Bombe zum Flagen brachte.

Was nun werden wird, ob Poincaré sich vielleicht doch noch einmal zu einem Versuch der Regierungsbildung weiter nach rechts hin bereit finden läßt oder ob ein Vinkelskabinet Briand-Tardieu-Galland gebildet wird oder ob die Sozialisten sich in den Vordergrund schieben, muß abgewartet werden. Vorläufig ist die Lage ganz undurchsichtig. Die letzte präzise Erklärung Poincarés hatte dahin gelaute, daß er zur vollen Durchführung der finanziellen Sanierung noch einen Zeitraum von vier Jahren brauche. Da die beiden in Frankreich ausschlaggebenden Faktoren, Hochfinanz und Schwerindustrie, durch ihr Vertrauen Poincaré gestützt und ihm dadurch die Frankensanierung, „das große Wunder“, wie man in Frankreich sagt, ermöglicht haben, während alle seine Vorgänger an dem Mißtrauen von Hochfinanz und Schwerindustrie gescheitert sind, so kann man sich nicht gut vorstellen, wer denn nun eigentlich mit Aussicht auf Erfolg in Poincarés Spuren treten soll. Am allerwenigsten hätte man an den Ausbruch der Krise gerade im letzten Augenblick gedacht, wo die Revision des Dawesplanes im Vordergrund steht. Also wieder einmal ein Beweis, daß man in der Politik stets mit Ueberraschungen rechnen muß und niemals denken darf, daß eine hundertmal bestätigte Erfahrung auch zum 101. Male Geltung haben müsse.

Poincaré ist uns Deutschen nichts weniger als sympathisch. Gleichwohl müssen wir anerkennen, was er auf finanziellen Gebiete geleistet hat. Man muß sich erinnern, unter welchen Verhältnissen er die Regierung übernahm. Die Staatskasse war leer, es war kaum eine Million flüssiges Geld vorhanden, das englische Pfund erreichte 240 Franken, die Kapitalkucht war allgemein, das Schatzamt durch die fälligen Rückzahlungen gefährlich belastet, so daß eine Finanzkrise allerhöchsten Grades vor der Tür stand. Da genigte der Name Poincaré, um die drohende allgemeine Panik zu bannen, und seine Energie, seine zielbewußten Maßnahmen stellten in kurzer Frist die verworrene Lage wieder her und führten zur tatsächlichen Stabilisierung des Franken auf der Grundlage von 16 Goldpfennigen, der vor kurzem die gesetzliche Stabilisierung gefolgt ist. Das hätte ihm kein anderer nachgemacht, und sein Nachfolger wird sich nun vor die schwere Meisterprobe gestellt sehen, ob er das Werk Poincarés zu erhalten und weiterzuführen vermag. So bleibt immerhin noch die Möglichkeit offen, daß abermals ein Fiskalversuch mit radikaler Hilfe gemacht wird. Für uns ist es unter allen Umständen geboten, daß wir uns keinen großen Illusionen wegen der Vorteile hingeben, die wir etwa von einer Pariser Linkregierung zu erwarten hätten. In dieser Beziehung genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Chef der radikalen Partei, Daladier, auf dem letzten Parteitage erklärt hat, „Deutschland sei hart und gefährlich und bedrohe Frankreich sogar mehr als vor dem Kriege. Deshalb dürfe Frankreich von seiner Rüstung nichts ablassen.“ Mit den französischen Radikalen ist es genau so, wie mit den englischen Liberalen: In der Außenpolitik kennen sie nur den einen Weg, welcher der allgemeinen Auffassung von den nationalen Notwendigkeiten entspricht. Wenn es nur unsere Linksparteien stets ebenso machen wollten!

Der französische Staatshaushaltplan bedroht Kursstürze an der Pariser und Londoner Börse

Angedrohte Lage

Paris, 6. Nov. Der Präsident der Republik hat das zurückgetretene Kabinett Poincaré mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragt. Der Präsident begann am Nachmittag seine Verhandlungen zur Bildung eines neuen Ministeriums. Er hat, wie üblich, zunächst mit den Präsidenten von Kammer und Senat verhandelt. — In den Verhandlungen der Kammer hat die durch die Demission des Kabinetts geschaffene Lage besonders Aufsehen erregt, weil heute das Parlament wieder zusammenzutreten sollte. Nach Davas beurteilt man in den Verhandlungen der Kammer die Lage als vollkommen ungeklärt. Es ist möglich, daß mehrere Tage vergehen werden, bis der Präsident in der Lage ist, den künftigen Ministerpräsidenten zu bestimmen.

Wenn man nur die Kräfteverteilung im Parlament berücksichtigt, so widerspricht nichts der Annahme, daß Doumergue auf eine neue Poincaré zur Bildung der Regierung auffordert, zumal er stets das Vertrauen der Kammer erhalten hatte. Geseht den Fall, daß Poincaré die Kabinettsbildung übernimmt, darf man sich nicht verhehlen, daß er auf eine ernste Schwierigkeiten stoßen wird angesichts der von den Radikalen eingenommenen Haltung. Man faßt unter diesen Umständen auch die Möglichkeit der Bildung eines Kabinetts auf neuer politischer Grundlage ins Auge: entweder ein Ministerium der republikanischen Konzentration oder ein in sich geschlossenes Ministerium der Linken oder der Mitte.

Nach dem Senatspräsidenten Doumer empfangt der Präsident der Republik den Kammerpräsidenten Dousson zu einer Unterredung. Beim Verlassen des Elysees erklärte Dousson, er habe den Eindruck, daß die Krise mehrere Tage dauern werde. Es ist anzunehmen, daß der Präsident der Republik nunmehr die Parteiführer empfangen und mit ihnen verhandeln wird und wohl erst im Laufe des morgigen Tages die Persönlichkeit berufen wird, der er die Kabinettsbildung anvertrauen wird.

Die Reparationsverhandlungen, die demnächst zwischen Deutschland und den Alliierten beginnen sollen, würden durch das Ausscheiden Poincarés den energischsten und hartnäckigsten Vertreter des französischen Standpunktes der völligen Unnachgiebigkeit verlieren.

Pariser Pressestimmen zum Rücktritt des Kabinetts

Paris, 6. Nov. Die Abendpresse nimmt zu dem Rücktritt des französischen Kabinetts nur mit wenigen Worten Stellung. Der „Temps“ weist auf den Eindruck hin, den die Nachricht im Senat und in der Kammer gemacht hätte, wo man die Ereignisse aufs schärfste bedauere. Er würdigt die Tätigkeit des Ministeriums Poincaré, dem er das höchste Lob spendet, doch glaubt er nicht, daß nach dem Konkrete von Angers ein neues Kabinett Poincaré, an dem auch die Radikalsocialisten teilnehmen würden, denkbar sei. Vielmehr dürfe man ein Kabinett der republikanischen Konzentration, d. h. ein mehr nach rechts gerichtetes Kabinett erwarten. Die „Liberté“ ist mit der Haltung der radikal-socialistischen Minister sehr unzufrieden. Sie hätten es an Korrektheit fehlen lassen, da sie es unterließen, ihre Kollegen über ihren Beschluß rechtzeitig zu unterrichten. Die „Liberté“ behauptet, daß Poincaré sich bitter über die Haltung Herriot's auf dem Kongreß von Angers beschwert hätte.

Die Pariser Börse reagiert

Paris, 6. Nov. Wie zu erwarten war, blieb die Demission der Regierung Poincaré, die innerhalb von zwei Jahren die Finanzlage Frankreichs neu befestigt hatte, nicht ohne Einfluß auf die Pariser Börse. Fast auf allen Gebieten wurde ein gewisser Rückgang der Werte beobachtet, doch kam es nicht zu Kursseinbrüchen erheblicher Art.

Ueberraschung in England

London, 6. Nov. Der Sturz des französischen Kabinetts kam allen politischen Kreisen in England völlig unerwartet. Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts selbst wurde, wie in allen Pariser Berichten hervorgehoben wird, mehrere Stunden zurückgehalten. Die Abendblätter enthalten sich vorläufig noch jeden Kommentars und beschränken sich auf eine ausführliche Berichterstattung über die mit dem Rücktritt zusammenhängenden Vorgänge. An der Börse hatte der Sturz Poincarés bereits eine starke Auswirkung. Alle französischen Anleihen und Bonds fielen um mehrere Punkte. Die französischen Werte wurden durchweg beträchtlich angeboten.

Beitritt Oesterreichs zum Antikriegspakt. Der Nationalrat hat den Beitritt Oesterreichs zum Kellogg-Pakt einstimmig genehmigt.